

Ein "Nein, danke!" zum Straßenausbau



Die Eltzstraße ist eine Durchgangsstraße – doch zahlen sollen alleine die hier lebenden Anwohner. Das empfinden diese als Ungerechtigkeit und fordern wie auch andere Bürger in betroffenen Stadtteilen die Abschaffung der Straßenausbaubeteiligung.
Foto: Rolf Lorig

TRIER. Dass die Anlieger beim Ausbau von Straßen finanziell beteiligt werden, das regelt ein Gesetz, das noch aus Kaisers Zeiten stammt. Ein Gesetz, das heute so nicht mehr in die Zeit passt, befinden die Anwohner der Eltzstraße in Pfalzel. Was nicht verwundert, schließlich sollen sich 48 Anwohner zur Hälfte an den geschätzten Gesamtkosten von rund 2,5 Mio. Euro beteiligen. Und das können, je nach Grundstückgröße, im vorliegenden Fall zwischen zehn bis deutlich mehr als 300.000 Euro sein. Am 22. Mai hatte sich Baudezernent Andreas Ludwig bei einer emotionsgeladenen Bürgerversammlung den Anwohnern gestellt. Am Dienstagabend, 11. Juni, war er erneut in Pfalzel vor Ort. Den Frust der Anlieger konnte er aber nicht besänftigen.

Jürgen Berens, einer der betroffenen Anwohner, versteht die Welt nicht mehr: "Die Abschaffung der Ausbaubeiträge ist in aller Munde, und doch hält die Landesregierung in Rheinland-Pfalz immer noch vehement daran fest. An einem Gesetz, dass im Jahre 1875 unter Kaiser Wilhelm eingeführt wurde und heute nicht mehr zeitgemäß ist." Was ihn besonders erzürnt: "Nun kommen noch zusätzliche Kosten für die Straßenbeleuchtung und, so wie es aussieht, für die Kanalarbeiten auf uns zu. Das ganze Objekt ist ein Fass ohne Boden!"

"Straßenausbaubeiträge sind ungerecht, ineffizient und für den Straßenbau schädlich"

Die Auffassung, dass Straßenausbaubeiträge nicht mehr zeitgemäß sind, unterstützt der Bund der Steuerzahler. Der hatte sich Ende Mai in die Diskussion eingeschaltet und der Stadt Trier einen Fragenkatalog geschickt, um den Fall aufzuarbeiten. Das Ergebnis sollte am 11. Juni bekanntgegeben werden, dazu trafen sich alle Beteiligten zu einem erneuten Gespräch. Jürgen Berens fasst das Fazit des Abends zusammen: "Straßenausbaubeiträge sind ungerecht, ineffizient und für den Straßenbau schädlich. Straßen sind ein öffentliches Gut und sollten deshalb durch Steuern finanziert werden. Wir als Betroffene fordern soziale Gerechtigkeit. Zudem fordern wir, dass die Kommunalpolitik sich für ihre Bürger einsetzt und ein klares Signal nach Mainz sendet!"

Ein Standpunkt, den Baudezernent Andreas Ludwig nachvollziehen kann. Zumal als nächste Maßnahme im Süden Triers der Ausbau der Straße "Am Pfahlweiher" ansteht. Doch nicht nur dort: Dran ist auch die Eisenbahnstraße in Euren sowie die Turmstraße in Zewen – und überall regt sich der Protest. Ludwig weiß: "Niemand freut sich darüber, wenn durch einen Straßenausbau Kosten ins Haus stehen. Aber als Stadtverwaltung sind wir verpflichtet, das Landesgesetz anzuwenden."

"Es geht jetzt um weit mehr als um die einzelne Straße, es geht um das Gesetz"

Obwohl die Stadt die Interessen der Bürger wahren wolle, befinde sie sich in einer üblen Zwickmühle: "Egal, wo eine Straße zum Ausbau ansteht, es gibt keine Bereitschaft mehr, sich an den Ausbaubeträgen zu beteiligen." Das Dilemma des Baudezernenten: "Wie soll ich künftig noch Straßen ausbauen? Soll ich die Straßen etwa verfallen lassen?" Für Ludwig steht deshalb fest: "Es geht jetzt um weit mehr als um die einzelne Straße, es geht um das Gesetz."

Und das muss geändert werden, befinden die Bürger. Noch einmal Jürgen Berens: "Wir fordern den Stopp aller Baumaßnahmen mit Anliegerkosten. Es muss klar kommuniziert werden, dass der Bau erst wieder nach Abschaffung der Ausbaubeiträge fortgesetzt wird! Nur noch zwei von sechzehn Bundesländern haben aktuell die Pflicht zur Erhebung dieser Beiträge. Das ist unserer Meinung nach verfassungswidrig. Deutschland ist in dieser Angelegenheit ein "Flickenteppich" geworden, und es wird für Bürger zur existenziellen Frage, in welchem Bundesland man wohnt. Wir fordern soziale Gerechtigkeit und somit die Abschaffung der Ausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2019!" Man sehe den gesamten Stadtrat und die Stadt Trier in der Pflicht, hier im Sinne der Bürger tätig zu werden.

Finanzierung über immer wiederkehrende Beiträge?

Eine verfahrenere Situation in allen Bereichen. Denn der Stadtrat kann zwar eine entsprechende Resolution verfassen und diese an den Landtag weitergeben. Eine rechtliche Handhabe zur Einforderung besteht allerdings nicht. Und der Stopp der Arbeiten ist laut Baudezernent Andreas Ludwig auch nicht mehr möglich: "Alle Arbeiten sind vergeben, wir sind jetzt an Verträge gebunden. Würden wir diese brechen, kämen hohe Schadensersatzforderungen auf uns zu." Geprüft werden kann laut Ludwig jetzt noch der Vorschlag aus der Bürgerversammlung, die Finanzierung über immer wiederkehrende Beiträge auf die gesamte Bevölkerung zu verteilen. Ein Vorschlag, der nach Meinung des Baudezernenten den Grad der Empörung weiter aufheizen wird: "Daran müssten sich bis auf die Anwohner des Mäusheckerwegs, die den Ausbau ihrer Straße bereits bezahlt haben und deshalb nun eine Sperrklausel genießen, alle anderen Pfälzeler Anwohner beteiligen." Und dass die sich für den Ausbau der Eltzstraße in die Pflicht nehmen lassen, darf im Augenblick eher bezweifelt werden. (-flo-)

Related Posts:

1. **Info-Veranstaltung zu Bauarbeiten in Paulinstraße**
2. **Vereinigte Hospitien – Katholisch? Nein, danke!**
3. **Anliegerbeiträge unter Beschuss**
4. **Anwohnerinformation zum Ausbau der Eltzstraße**

Kommentar:

Was den Anliegern der Eltzstraße derzeit widerfährt, ist ein Alptraum und dürfte bundesweit einmalig sein. Sie sind in die Mühlen von Verwaltungsentscheidungen geraten, die sie selbst nicht beeinflussen konnten, deren Folgen sie aber mit aller Härte treffen.

Das Unheil begann 2010, als die damalige Kreisstraße K 13 zur Gemeindestraße abgestuft worden ist. Dies war der Einstieg zur Beteiligung der Anlieger an den Kosten des Straßenausbaus. Erschwerend kommt hinzu, dass die Stadt Trier offensichtlich bei der Übernahme der Baulast fahrlässig darauf verzichtet hat, dass zuvor aufgelaufene Straßenschäden behoben wurden oder dafür eine Rücklage zu Lasten des Kreises eingefordert worden wäre.

Nach aktueller Rechtslage aber erfüllt die Eltzstraße genau die Kriterien einer Kreisstraße, nämlich die Anbindung wenigstens mit einer nicht in der Baulast der betreffenden Gemeinde stehenden Straße an Bundes- oder Landesstraßen, hier der B 53 neu, und die darüber erreichbaren Autobahnen. Was hindert die Stadt Trier daran, die Rücknahme der damaligen Abstufung zu betreiben?

Seit dem Baubeschluss in 2011 sind viele Jahre ins Land gegangen, in denen die Stadt Trier immer wieder anderen Projekten eine höhere Priorität zubilligte und die Eltzstraße ans Ende der Liste stellte. Die Mehrkosten von ca. 1 Mio. € sollen aber die Anlieger zur Hälfte tragen.

Inzwischen haben wir in der Eltzstraße den in der Tat lange ersehnten Discounter. Für die Anlieger eine weitere Kostenfalle. Denn die Stadt zählt die geschätzten 1.500 Fahrzeugbewegungen dorthin zum Anliegerverkehr. Die Einbeziehung dieses Verkehrs potenziert den Anteil der Fahrten der wirklichen Anlieger und treibt ihn in ungeahnte Höhen. Die Folgen hinsichtlich der Aufteilung des Verkehrsaufkommens liegen auf der Hand.

Den Landeszuschuss von 685.000 € beansprucht die Stadt Trier auch für sich allein. Mit einem Endergebnis, dass einer der Anlieger mit etwa 320.000 € zur Kasse gebeten wird, die Stadt selbst aber nach Abzug des Landeszuschusses nur 295.000 € zu den umlagefähigen Kosten beitragen muss.

Solche Entwicklungen mag es geben. Wenn man sich dann aber einer Verwaltung konfrontiert sieht, die das alles für alternativlos hält, kann man schon den Glauben an den gesunden Menschenverstand verlieren.

Hans-Jürgen Wirtz, Bürgerverein Pfalzel e.V.

Die Eltzstraße, ihre Anwohner und die Kosten



Die Abschaffung der Straßenausbaunliegerbeiträge hat der Landtag zwar abgelehnt, doch das Thema ist damit noch lange nicht durch und stößt auf ein zunehmendes Interesse, weshalb der SWR diese Sitzung auch mit einem Kamerateam verfolgt. Fotos: Rolf Lorig

TRIER. Es war eine merkwürdige Mischung aus Wut, Enttäuschung und Resignation, die am Mittwochabend die Stimmung im alten Pfälzer Amtshaus kennzeichnete. Thema war der geplante Ausbau der Eltzstraße, der im Juni beginnen soll. Die Stadtverwaltung hatte die Pfälzer Bürger eingeladen, um über den aktuellen Stand zu informieren. Das Problem: Der Ausbau der Straße war den Bürgern schon Jahre zuvor versprochen worden. Durch die Verschiebung von Prioritäten hatten die Pfälzer aber immer wieder das Nachsehen. Jetzt soll der Ausbau zwar starten – aber die Kosten sind enorm gestiegen und damit auch der zu zahlende Anteil der Anwohner. Einige fürchten nun um ihre Existenz.

Von Rolf Lorig

Es gibt Termine, die sind nicht vergnügungssteuerpflichtig. Baudezernent Andreas Ludwig war am Mittwoch mit Sicherheit nicht zu beneiden. Erst musste er dem SWR-Team in der Eltzstraße vor laufender Kamera Rede und Antwort stehen – und anschließend den empörten Bürgern im ehemaligen Amtshaus. Dass es ein heißer Abend werden wird, wusste der Architekt sicher schon lange. Denn er musste nun den Kopf für die Versäumnisse seiner Vorgänger hinhalten.

Der Ärger der Menschen ist angesichts der Historie absolut nachvollziehbar. Das weiß auch Stadtrat Thomas Neises (SPD), der sich erinnert: "Seit 2004 ist der Ausbau der Eltzstraße der Wunsch der Anlieger und seitdem beschäftigt sich auch der Stadtrat damit."



Solidaritätskundgebung vor dem alten Amtshaus

Kein Fortschritt für die Pfälzer Bürger

Doch seitdem kamen und gingen Stadträte, Oberbürgermeister und Baudezernenten. Die Pfälzer Bürger aber erlebten keinen Fortschritt. Im Gegenteil. Auch nachdem die Eltzstraße auf der Prioritätenliste ganz oben stand, wurde sie zugunsten des erforderlichen Ausbaus anderer Straßen wieder nach unten gestuft. 2011 standen die Signale dann vermeintlich auf Grün: Der Stadtrat hatte einen Baubeschluss gefasst. "Die Kosten wären damals nur halb so hoch gewesen", erinnert sich Ortsvorsteherin Margret Pfeiffer-Erdel.

Und umso mehr Zeit verging, umso teurer wurde es. Denn die Eltzstraße ist keine Straße, die überwiegend von Anliegern genutzt wird, sondern eine von zwei Hauptverkehrsadern, über die man Pfälzel erreicht oder verlässt. Gut 5.000 Fahrzeuge verkehren hier täglich, darunter auch viele Lkw und Busse. Ein Verkehr, der nicht spurlos an der Straße vorbeiging.

Dass 48 Anlieger nun die Hälfte der Kosten tragen müssen, ist für die Betroffenen unverständlich. Denn der Gesamtausbau der Straße soll laut den Berechnungen des Tiefbauamtes etwa 2,5 Millionen Euro kosten. Was das für einen einzelnen Anlieger im Extremfall bedeutet, zeigt das Beispiel von Christoph Herz. Er führt ein Autohaus in unmittelbarer Nähe des Bahnübergangs. Und außerdem besitzt er noch eine Schreinerei in der Eltzstraße. Dass er als Gewerbetreibender einen größeren Anteil an den Kosten tragen muss, war ihm im Vorfeld bewusst. Im vergangenen Jahr erhielt er einen Anruf von der Stadt, dabei wurde sein Anteil mit 150.000 Euro beziffert. Einige Monate später ist diese Zahl hinfällig: "Jetzt hat man mir mitgeteilt, dass ich 320.000 Euro zahlen muss." Eine Summe, die er so einfach nicht durchwinken will: "Ich werde mich da schon juristisch beraten lassen", sagt er gegenüber dem *reporter*.



Ratlose Gesichter beim Informationsabend der Stadtverwaltung im alten Pfälzeler Amtshaus.

Die Kosten reichen vom dreistelligen bis sechsstelligen Bereich

Doch woher kommt diese enorme Steigerung in der Kostenrechnung? "Die Erklärung ist eigentlich recht simpel", antwortet Michael Schmitz, Pressesprecher der Stadt Trier. "Das erste Gespräch basierte auf den Zahlen des Stadtratsbeschlusses von 2011. Dieser Beschluss wurde ja leider nicht umgesetzt. Auf Drängen von Herrn Ludwig wurde das Vorhaben wieder angeschoben. Da die Kosten von damals nicht mehr aktuell waren, musste eine Kostenfortschreibung erfolgen. Das Gespräch mit Herrn Herz fand im Herbst 2018 statt. Da lag dem Stadtrat diese Kostenfortschreibung noch nicht vor, der stimmte erst im Dezember darüber ab." Schmitz weist darauf hin, dass neben der allgemeinen Teuerungsrate auch Veränderungen in den neuen Beschluss aufgenommen werden mussten, die die Kosten nach oben steigen ließen: "Eine erhöhte Sicherheit beim Bauen, Barrierefreiheit durch abgesenkte Bürgersteige, höhere Ausbaustandards, Bahnschranken und einiges mehr."

Wie hoch die Kosten für den einzelnen Anwohner sind, darüber wird an diesem Abend nicht gesprochen. Aber Anke Schmitz, die an diesem Abend den Baudezernenten begleitet, unterstreicht: "Gefühlt habe ich mit jedem einzelnen Anwohner bereits gesprochen. Die Bescheide sind zwar noch nicht verschickt, aber jeder jeder sollte jetzt eigentlich wissen, was auf ihn zukommt." Die Tatsache, dass niemand eine gleichlautende Frage an den Baudezernenten und sein Team richtet zeigt, dass es in der Tat im Moment hier keine Fragen gibt. Darum erneut die Frage an den Pressesprecher der Stadt: "Um welche Summen handelt es sich hier?"

Das zu beantworten, sei nicht ganz einfach, die Spanne bewege sich zwischen einigen Hundert Euro für ein Garagen-Grundstück bis hin zu den von Christoph Herz genannten 320.000 Euro. Die meisten der Anlieger, räumt Schmitz dann aber ein, müssten mit Kosten in Höhe von 10.000 bis 20.000 Euro rechnen.

Dass sie 50 Prozent der Kosten übernehmen sollen, empfinden die Anlieger als ungerecht. Angesichts der Tatsache, dass die Straße von gut der Hälfte der Pfälzeler Bürger genutzt wird, regt Stadträtin Theresia Görgen (Linke) wiederkehrende Beiträge an, die von allen Bürgern des Stadtteils aufgebracht werden müssten. Der Vorteil dabei: Alle müssten so nur einen geringen Beitrag für den Straßenausbau aufbringen. Ein Akt der Solidarität, der laut Baudezernent Andreas Ludwig so aber juristisch nicht zu machen ist, da das nur in abgeschlossenen Gebieten wie beispielsweise dem Mariahof möglich sei.

Viele von den Bewohnern sehen nun ein finanzielles Damoklesschwert über sich, einige fürchten um ihre Existenz. Ein Mann ruft verbittert in den Raum, dass er nun auf Jahre hin sich keine Gedanken mehr über Urlaubsziele machen müsse, da dafür schlicht kein Geld mehr vorhanden wäre. Da hilft es dann auch nichts, dass Anke Schmitz von der Stadt Trier immer wieder versichert, dass man im persönlichen Gespräch zu tragfähigen Lösungen finden wird.



Mit solchen und ähnlich lautenden Transparenten verleihen die Bewohner ihrer Verärgerung Ausdruck.

Spürbares Misstrauen

Deutlich spürbar ist auch das Misstrauen gegenüber der Verwaltung: Wie könne man denn wissen, ob es nicht doch eine kostengünstigere Möglichkeit des Straßenausbau geben könnte? Fragen werden laut, ob Bürgersteige gepflastert, Parkbuchten eingerichtet und ob wirklich Bäume gepflanzt werden müssen. Viele der Fragesteller kennen die Antworten schon, aber sie müssen sich einfach Luft schaffen. Und dabei wird es auch schon mal ziemlich laut. Wie etwa in dem aufgeheizten Moment, in dem ein Besucher versucht dem Baudezernenten und dem ihn begleitenden Team Gehör zu verschaffen. Da wird der Mahnende plötzlich Zielscheibe der Wut: Wer er denn sei und wo er denn wohne? Wieso er sich da einmische? Ein Augenblick, den glücklicherweise Andreas Ludwig mit seiner ruhigen Art entschärfen kann. Ein Moment, der aber auch aufzeigt, wie blank die Nerven liegen und wie verzweifelt die Menschen sind.

Dem Einwand eines Bürgers, die Stadt dürfe den sozialen Frieden nicht gefährden, stimmte Baudezernent Ludwig zu. Er macht aber auch deutlich, dass die Verwaltung keine Handhabe hat, den Beschluss des Stadtrates zur paritätischen Kostenverteilung zu ändern, wie einige der Besucher fordern. Da ist es dann auch wenig hilfreich, dass Theresia Görgen laut in den Saal ruft, dass ein Stadtrat einen einmal getroffenen Beschluss auch wieder aufheben kann. Hier weist Ludwig darauf hin, dass der alte Stadtrat dazu keine Möglichkeit mehr hat, da schon am Sonntag ein neuer gewählt wird. Zum anderen gebe es aber auch Gesetze und Vorgaben zur Kostenverteilung beim Straßenausbau, an die sich die Verwaltung halten müsse. Um das Misstrauen einzelner Bürger der Verwaltung gegenüber auszuräumen sagt der Dezernent dann zu, die Kostenanteile vom Städte- und Gemeindebund überprüfen zu lassen.

Related Posts:

1. Anwohnerinformation zum Ausbau der Eltzstraße
2. Anwohner der Eltzstraße fürchten um ihre Existenz
3. Theater-Sanierung soll 48,8 Millionen Euro kosten
4. Lärm an der Westtrasse – Leise Hoffnung für Anwohner

Leserbrief für Lokalo und Trier-Reporter zum Thema "Ausbaubeiträge Eltzstraße"

Immer, wenn Ludwig das Vorgehen seines Dezernates erläutern muss, erklärt er dessen Entscheidungen für alternativlos. Im Zweifel werden zwingende gesetzliche Vorgaben vorgeschoben, die ein anderes Handeln nicht zulassen. Dabei ließe sich gerade am Beispiel Eltzstraße manches mit einem gesunden Menschenverstand, mit Verantwortungsgefühl (für die unendlichen Verzögerungen), einer zutreffenden Erfassung der tatsächlichen Gegebenheiten (Art und Nutzung der Straße) sicherlich gerechter lösen.

Völlig neu und geradezu abenteuerlich ist die Einordnung der Eltzstraße als "Anliegerstraße mit erhöhtem Durchgangsverkehr". Noch in der Vorlage 573/2018, mit der im Stadtrat am 04.12.2018 die Kostenerhöhung und -verteilung beschlossen worden sind, ist die Straße zutreffend als Hauptverkehrsstraße eingestuft worden. Die Eltzstraße ist eine der beiden Hauptzufahrtstraßen nach Pfalzel. Unbestritten dürfte sein, dass mindestens 90 % des dortigen Verkehrs nicht durch die Anlieger, sondern andere Nutzer verursacht werden. In den letzten Jahren wurde dies noch verstärkt durch die Schließung der Apotheke im Ort und den Umzug der beiden Ärztinnen zum Jahreswechsel in das Hafengebiet. Immer mehr Pfälzeler Bürger müssen täglich aus medizinischen Gründen den Ortsteil Richtung Ehrang verlassen.

Dies führt die zwingenden juristischen Vorgaben des Herrn Ludwig ad absurdum. Man kommt dadurch nämlich zur Fallgruppe "ganz überwiegender Durchgangsverkehr", bei der die Stadt selbst 70 % der entstehenden Kosten übernehmen müsste.

Und auch bezüglich der 30 % zu Lasten der Anlieger hätte die Stadt einen weiteren Spielraum nach unten um 5 %. Diesen zu nutzen, gebietet sich alleine dadurch, dass durch mutwilliges Hinauszögern der Maßnahme inzwischen Mehrkosten von etwa einer Million € entstanden sind. Diese Kosten in der vorgesehenen Weise auf die Anlieger abzuwälzen, erscheint mir in hohem Maße unanständig.

Bleibt noch der zweckgebundene Zuschuss des Landes in Höhe von knapp 700.000 € zu der Baumaßnahme. Nach derzeitigem Stand hält die Verwaltung dies für eine milde Gabe an die Stadtkasse und lässt eine anteilmäßige Reduzierung der Umlagesumme nicht zu. Eine Rechtsgrundlage hierfür konnte ich nicht finden. Dafür Hinweise, dass die Kosten nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu ermitteln sind. Auch die o.g. Vorlage spricht davon, dass die Aufteilung der Beiträge nach den tatsächlich entstandenen Kosten zu erfolgen habe. Damit können ja wohl nur die Aufwendungen der Stadt Trier gemeint sein, die diese nach Abzug des Landeszuschusses auch wirklich wirtschaftlich belasten.

Unter Berücksichtigung dieser Aspekte wäre der Anliegeranteil deutlich geringer. Der Stadt wäre zu empfehlen, auf dieser Basis zur Vermeidung vieler Rechtsmittel mit den Anliegern zu sprechen und dem neu zusammentretenden Stadtrat eine andere Kostenverteilung zur Entscheidung vorzulegen.

Hans-Jürgen Wirtz, Trier-Pfalzel

Anwohner der Eltzstraße fürchten um ihre Existenz



Der Begriff "Flickwerk" kennzeichnet den Zustand der Eltzstraße in Pfalzel nur unzureichend. 48 Anlieger sollen jetzt für die Erneuerung der Straße mit in die Pflicht genommen werden. Fotos: Rolf Lorig

TRIER. Im Stadtteil Pfalzel gehen die Wogen mal wieder hoch. Grund ist dieses Mal der Ausbau der Eltzstraße. Diese dient als Durchgangsstraße, jedoch auch als wege- und verkehrsmäßige Erschließungsstraße für die angrenzenden Grundstücke. Die Anwohner sollen nun an den Kosten – die geplanten Baukosten belaufen sich nach Auskunft der Stadt zurzeit auf zirka 2,454 Millionen Euro – anteilig beteiligt werden. Die sehen darin eine "schreiende Ungerechtigkeit", fürchten um ihre Existenz und wollen das nicht so ohne weiteres hinnehmen. Am heutigen Abend, 22. Mai, will sich Baudezernent Andreas Ludwig um 19.30 Uhr im Amtshaus in der Residenzstraße den Anwohnern stellen. Der *reporter* hat in dieser Sache auf Bitten von betroffenen Bürgern hin schon mal recherchiert.

Kerstin Schmidt ist empört. Sie sei wirklich nicht das, was man einen "Facebook User" nennt, schreibt die gelernte Ingenieurin in dem sozialen Netzwerk, "aber jetzt brauchen wir eure Hilfe gegen die soziale Ungerechtigkeit". Und dann wird sie deutlich. Vor etwa 15 Jahren sei in Trier-Pfalzel mit der Erschließung eines Neubaugebietes begonnen worden. Hauptzufahrtsstraße für alle Baufahrzeuge und Lkw sei dabei die Eltzstraße gewesen. "Während durch Steuern und Abgaben aus dem neuerschlossenen Wohngebiet Millionen in die Stadtkasse gespült wurden, hatten die Anwohner der Eltzstraße in mehr als einem Jahrzehnt das Nachsehen." Was Schmidt ärgert: "Nicht nur die Straße wurde zunehmend schlechter, sondern auch die Substanz der Häuser wurde durch Abgase und Vibrationen in Mitleidenschaft gezogen." Von der Sanierung ihres Eigentums, insbesondere der Fassaden, hätten die Bewohner absehen müssen, da eine kurz bevorstehende Sanierung der Eltzstraße immer wieder in Aussicht gestellt wurde. Auch hierdurch würden den Anwohnern nun Mehrkosten entstehen.

Michael Schmitz, Pressesprecher der Stadt Trier, ist die Situation in Pfalzel bekannt. Die Eltzstraße werde Anfang Juni auf einem etwa 450 Meter langen Abschnitt zwischen dem sogenannten "Pfalzeler Stern" und dem Bahnübergang im Vollausbau erneuert, bestätigt er. Das Projekt hätten sich viele Einwohner lange gewünscht, da die Straße dringend ausbaubedürftig sei.

Das wollen die Anwohner auch nicht bestreiten. "Alle freuen sich darauf, nun endlich nicht mehr an einer hässlichen Straße leben zu müssen", sagt Kerstin Schmidt. Aber: "Nur leider sieht die Stadt Trier sich nun plötzlich nicht mehr in der Pflicht, für entstandene Schäden selbst aufzukommen. Mindestens 50 Prozent der Kosten sollen auf die Anwohner beziehungsweise Eigentümer umgelegt werden."

Nur drei Bundesländer wollen Straßenausbaubeitrag aktuell abschaffen

Fakt ist, dass die die Kommunalabgabengesetze (KAG) der einzelnen Länder mit Ausnahme von Baden-Württemberg solche Straßenausbaubeträge zulassen. Laut Wikipedia wird der Straßenausbaubeitrag zur Zeit (März 2019) in zwölf Bundesländern

erhoben. Drei Bundesländer (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen) befinden sich im Prozess der Abschaffung der Beiträge.

Wobei die Höhe von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich und in der örtlichen Beitragssatzung festgeschrieben ist. Michael Schmitz: "Paragraph 7 der Ausbaubeitragssatzung regelt den Gemeindeanteil. Bei der Ermittlung der Beiträge bleibt ein dem Vorteil der Allgemeinheit entsprechender Teil (Gemeindeanteil) außer Ansatz (wird also nicht den Anliegern in Rechnung gestellt), der dem nicht den Beitragsschuldnern zuzurechnenden Verkehrsaufkommen entspricht. Dieser Gemeindeanteil wird im Einzelfall durch Beschluss des Stadtrates festgesetzt. So war das auch hier: Der Stadtrat hat im Baubeschluss den Gemeindeanteil auf 50 Prozent festgesetzt."

Für die beiden Familien Hortian und Schröder ist das ein Unding: "Dass diese Hauptverkehrsstraße mit 50 Prozent Anliegeranteil bemessen ist, ist eine bodenlose Frechheit! Bereits bei der Ortsbeiratssitzung am 27. Juni. 2005 wurde vom Ortsbeirat Pfalzel der Antrag gestellt und einstimmig angenommen, die Kosten für Reparaturen und Sanierungen der Straße nach dem Verursacherprinzip zu ermitteln und umzulegen, ohne Anliegerbeteiligung. Dies wurde von der Stadt Trier abgelehnt und stattdessen die Straße in einem sehr schlechten Zustand belassen und die Sanierung herausgezögert. Die Trägheit der Stadt müssen jetzt die Anwohner teuer bezahlen!" schimpfen die Anwohner.



Wut, Unverständnis und Enttäuschung brechen sich hier Bahn

5.000 Fahrzeuge verkehren hier täglich

Den Vorwurf, die Stadt habe sich nicht um die Straße gekümmert, will Michael Schmitz so nicht stehen lassen: "In den letzten Jahren wurden auf Grund der Verkehrssicherungspflicht im Rahmen der Unterhaltungsmaßnahmen kleinere Sanierungsarbeiten im Bestand durchgeführt. Für die Fußgängerführung wurde eine Asphaltdecke aufgezogen und eine Markierung aufgetragen. Es wurde rund 10.000 Euro investiert."

Kerstin Schmidt macht auf einen weiteren Punkt aufmerksam: "Die Eltzstraße soll vom 'Pfalzeler-Stern' bis zu den Bahngleisen saniert werden. Alle Eigentümer sollen maßgeblich an den Kosten beteiligt werden. Leider bleibt jedoch auch hierbei unklar, welche Grundstücke davon betroffen sind. Es ist eine lange Straße (450 Meter), doch viele der anliegenden Grundstücke gehören zu den Straßen Büschweg, Zur Wallmauer, Rothildisstraße oder Eichendorffstraße. Eine Umlage der Kosten auf die wenigen Grundstücke die tatsächlich die Wohnanschrift Eltzstraße haben, wäre vermutlich alles andere als zumutbar."

Was den Anwohnern zudem sauer aufstößt, ist die Tatsache, dass die Eltzstraße täglich von etwa 5.000 Fahrzeugen befahren wird. Die Eltzstraße ist die Hauptzufahrtsstraße zum gesamten Ort und wird somit von allen Bürgern und dem gesamten Gewerbe genutzt.

"Nicht die Anzahl der Fahrzeuge ist entscheidend, sondern das Verhältnis von Ziel- und Quellverkehr"

Schmitz kennt diese Zahl und bestätigt, dass es sich bei dieser Zahl um eine Durchgangsstraße handelt. Womit sich die Frage stellt, auf welcher Grundlage die Anliegerkosten berechnet werden: "Bei der Abwägung Anlieger-/Gemeinvorteil hat das Oberverwaltungsgericht Lüneburg Fallgruppen entwickelt, die durch einen jüngeren Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Koblenz vom 15. Dezember 2005 etwas modifiziert wurden." Danach betrage der Gemeindeanteil 25 Prozent bei geringem Durchgangs-, aber ganz überwiegendem Anliegerverkehr; 35 bis 45 Prozent bei erhöhtem Durchgangsverkehr, aber noch überwiegendem Anliegerverkehr; 55 bis 65 Prozent bei überwiegendem Durchgangsverkehr und 70 Prozent bei ganz überwiegendem Durchgangsverkehr. "Bei der Festlegung des Gemeindeanteils steht den Gemeinden ein Beurteilungsspielraum von plus/minus 5 Prozent zu. Hierbei ist nicht die Anzahl der Fahrzeuge entscheidend, sondern das Verhältnis von Ziel- und Quellverkehr der jeweiligen Verkehrsanlage zum Durchgangsverkehr."

Noch einmal zurück zu den Kosten für den Ausbau der Straße: Die Gesamtkosten schätzt die Stadt auf derzeit 2,454 Millionen Euro. "Davon sind etwa 1,963 Millionen Euro beitragsfähig", sagt Michael Schmitz. "Von diesen beitragsfähigen Kosten werden 50 Prozent auf die Anlieger umgelegt." Und das könnten nach Berechnungen der Anwohner Beträge zwischen 5.000 Euro und 250.000 Euro sein. Was deutlich macht, dass etliche Bürger hier um ihre Existenz fürchten. Da können die Zahlungsmodalitäten, die Michael Schmitz ebenfalls erläutert, auch nicht wirklich beruhigen: "Es besteht für jeden Beitragspflichtigen die Möglichkeit, in einem persönlichen Gespräch mit der Verwaltung Zahlungsmodalitäten zu finden, die beiden Seiten gerecht werden. Nach Beginn der Baumaßnahme werden sogenannte Vorausleistungsbeiträge erhoben. Diese sind drei Monate nach Zustellung des Vorausleistungsbescheides fällig. Die endgültige Abrechnung wird nach Abschluss der Baumaßnahme und Vorliegen aller Rechnungen gemacht."

Eine indirekte Unterstützung in ihrem Anliegen erfahren die Bewohner durch den Bund der Steuerzahler (BdSt) Rheinland-Pfalz und die Haus & Grund Rheinland-Pfalz. Beide Organisationen haben im Sommer des vergangenen Jahres ein gemeinsames Positionspapier zur Abschaffung der umstrittenen Straßenausbaubeiträge vorgelegt. Darin fordern sie vom Land eine

Abschaffung mit Wirkung ab dem Jahr 2019. Im Gegenzug sollen die Kommunen durch Landesmittel in Höhe von 50 Millionen Euro pro Jahr entschädigt werden.

Den Grund für die Forderung nennt BdSt-Präsident Rainer Brüderle: "Straßenausbaubeiträge sind ineffizient, ungerecht und beim Straßenerhalt sogar schädlich. Ebenfalls sorgen sie für viel Unfrieden und Rechtsstreite zwischen den Kommunen und ihren Bürgern. Als wäre all das noch nicht schlimm genug, ist das Verhältnis zwischen den Beitragseinnahmen und dem Erhebungsaufwand eher schlecht zu nennen." (-flo-)

Related Posts:

1. **Die Eltzstraße, ihre Anwohner und die Kosten**
2. **Wenn Bauherren sich vor Flüchtlingen fürchten**
3. **Lärm an der Westtrasse – Leise Hoffnung für Anwohner**
4. **Anwohnerinformation zum Ausbau der Eltzstraße**